



SCHWEIZERISCHER BUNDESRAT  
 CONSEIL FÉDÉRAL SUISSE  
 CONSIGLIO FEDERALE SVIZZERO

Beschluss  
 Décision 6. Dezember 1993  
 Decisione

**Abschluss eines Abkommens zwischen der Schweiz und der Bundesrepublik Deutschland über die Rückübernahme von Personen mit unbefugtem Aufenthalt**

Aufgrund des Antrags des EJPD vom 30. November 1993

Aufgrund der Ergebnisse des Mitberichtsverfahrens wird

beschlossen:

1. Der Vorsteher des EJPD wird beauftragt, das Abkommen mit der Bundesrepublik Deutschland über die Rückübernahme von Personen mit unbefugtem Aufenthalt zu unterzeichnen und den Zeitpunkt der Anwendung dieses Abkommens zu bestimmen.
2. Die interessierten Behörden werden durch das EJPD informiert.
3. Die BK wird beauftragt, das Abkommen im Einvernehmen mit dem EDA in der Amtlichen Sammlung zu veröffentlichen.

Für getreuen Protokollauszug:

*Allesius Müller*

Protokollauszug an:				
<input checked="" type="checkbox"/> ohne / <input type="checkbox"/> mit Beilage				
z.V.	z.K.	Dep.	Anz.	Akten
	x	EDA	10	-
		EDI		
x		EJPD	10	-
		EMD		
	x	EFD	7	-
		EVD		
		EVED		
	x	BK	5	-
		EFK		
		Fin.Del.		





EIDGENÖSSISCHES JUSTIZ- UND POLIZEIDEPARTEMENT  
 DÉPARTEMENT FÉDÉRAL DE JUSTICE ET POLICE  
 DIPARTIMENTO FEDERALE DI GIUSTIZIA E POLIZIA

3003 Bern, 30. November 1993

An den Bundesrat

**Abschluss eines Abkommens zwischen der Schweiz und der Bundesrepublik Deutschland über die Rückübernahme von Personen mit unbefugtem Aufenthalt**

**1. Ausgangslage**

Anlässlich des Besuches des deutschen Innenministers Rudolf Seiters bei Bundesrat Arnold Koller vom 24. Februar 1992 unterbreitete die BRD der Schweiz einen ausformulierten Entwurf für ein neues bilaterales Rückübernahmeabkommen, welches das seit 1954 geltende Schubabkommen zwischen den beiden Staaten ersetzen soll. Mit Datum vom 3. Februar ermächtigte der Bundesrat das EJPD in Zusammenarbeit mit dem EDA und den Grenzkantonen die notwendigen Verhandlungen zu führen. Zudem wurde das EJPD verpflichtet, dem Bundesrat nach Abschluss der Verhandlungen mit der BRD einen Antrag auf Unterzeichnung und Inkraftsetzung des Abkommens zu unterbreiten. Der Bundesrat fasste am 31. März 1993 auch den Beschluss über die Beitrittsabsicht zum Schengen/Polen-Uebereinkommen.

**2. Vertragsverhandlungen**

Die Vertragsverhandlungen fanden am 4./5. März 1993 in Bern und am 26. März 1993 in Bonn statt. Es herrschte eine konstruktive und offene Verhandlungsatmosphäre. Die deutsche Seite ist auf Probleme, die sich aus der Anwendung des Abkommens für die Schweiz ergeben, eingegangen und hat Hand zu befriedigenden Lösungen geboten. Sämtliche von den eidgenössischen und kantonalen Behörden eingebrachte Punkte wurden berücksichtigt.

Die mit der praktischen Umsetzung der Rückübernahme und des Durchschubes betrauten kantonalen Behörden wurden in die Vertragsverhandlungen einbezogen und laufend über die Ergebnisse orientiert. Es wurde während den Verhandlungen darauf geachtet, möglichst praxisgerechte Lösungen zu erzielen.

### 3. Grundzüge des Abkommens

Die Verhandlungen basierten auf dem deutschen Vertragsentwurf, der den Grundsätzen des Durchführungsübereinkommens zum Schengener Vertrag vom 29. März 1991 betreffend die Uebernahme von Personen mit unbefugtem Aufenthalt folgte. So soll in Zukunft nicht mehr die illegale Einreise, sondern der illegale Aufenthalt in einem Vertragsstaat nach vorherigem Ueberschreiten der Aussengrenze des anderen Vertragsstaates für die Rückübernahmeverpflichtung ausschlaggebend sein. Da Ausländer die Anwendung der Schubakommen regelmässig dadurch zu verhindern suchen, dass sie sämtliche Hinweise auf ihren Reiseweg vernichten, wird der Nachweis oder das Glaubhaftmachen des vorherigen Aufenthaltes im anderen Vertragsstaat auch künftig meist nur bei einer unmittelbaren Feststellung eines Uebertrittes der gemeinsamen Grenze zu führen sein. Dabei wird es aber nicht mehr von Bedeutung sein, ob die Einreise illegal oder unkontrolliert erfolgte. Entscheidend wird alleine die Frage sein, ob im Einreisestaat eine Aufenthaltsberechtigung vorliegt.

Günstiger wird sich das neue Abkommen zumindest im Bereich der Asylbewerber auswirken. Für deren Rückübernahme wird in der Praxis, welche aber durch das geltende Schubabkommen nicht abgedeckt ist, heute verlangt, dass das Asylverfahren noch hängig ist und der betreffende Asylbewerber erklärt, an der Fortsetzung dieses Verfahrens interessiert zu sein. Neu wäre dagegen eine Rückübernahme voraussetzungslos möglich, unabhängig davon, ob ein Asylverfahren hängig oder abgeschlossen ist.

Im Verlauf der Vertragsverhandlungen wurde der deutsche Entwurf durch Datenschutzbestimmungen und den Grundsatz der guten Zusammenarbeit ergänzt.

### 4. Zu den einzelnen Bestimmungen

**Art. 1** regelt die Rückübernahme eigener Staatsangehöriger durch den jeweiligen Heimatstaat. Die Rückübernahme erfolgt, auch wenn die Staatsangehörigkeit nur glaubhaft gemacht werden kann. Diese Rückübernahmepflicht stellt einen selbstverständlichen und unbestrittenen Grundsatz dar, der bereits im heute gültigen Abkommen enthalten ist. Explizit in das Abkommen aufgenommen wurde er vor allem im Hinblick auf entsprechende Verhandlungen mit Drittstaaten, für die dieses Prinzip keine Selbstverständlichkeit darstellt.

**Art. 2** regelt die Rückübernahme von Drittausländern, welche über das Gebiet eines Vertragsstaates in den anderen Vertragsstaat eingereist sind und dort die Voraussetzungen für die Einreise oder den Aufenthalt nicht erfüllen. Eine Ausnahme von dieser Rückübernahmeverpflichtung besteht nur für diejenigen Fälle, in denen der Zielstaat ein gültiges Visum oder einen gültigen Aufenthaltstitel ausgestellt hat.

**Art. 3** regelt die Uebernahme eines Drittstaatangehörigen durch den Vertragsstaat, der diesem ein gültiges Visum oder einen Aufenthaltstitel erteilt hat. Die Pflicht zur Rückübernahme besteht im Gegensatz zu Art. 2 unabhängig davon, ob der Betreffende sich bereits in diesem Vertragsstaat aufgehalten hat oder nicht. Sie stellt einen Ausfluss aus dem Vertrauensprinzip dar, wonach derjenige Vertragsstaat, der die Einreise eines Drittstaatangehörigen nur aufgrund eines Visums oder eines Aufenthaltstitels des anderen Vertragsstaates bewilligt hat, sich auf die Uebernahme durch diesen verlassen darf.

**Art. 4** bestimmt zusammen mit den entsprechenden Erklärungen im Protokoll, was die einzelnen Vertragsparteien als Visum oder Aufenthaltstitel betrachten. Massgebend hierfür waren die innerstaatlichen Regelungen.

**Art. 5** legt die Maximalfristen für die Behandlung der Rückübernahmeersuchen und die technische Abwicklung der Uebernahme fest. Wie aus dem Protokoll hervorgeht, streben dabei beide Vertragsparteien die sofortige Uebernahme an. Um dieses Ziel zu erreichen, sollen - wie bis anhin - die Detailregelungen der Uebernahme den zuständigen lokalen Behörden überlassen werden.

**Art. 6** statuiert, dass nach Ablauf eines Jahres seit ein Vertragsstaat Kenntnis vom Aufenthalt eines Ausländers hat, er kein Rückübernahmeersuchen mehr stellen kann. Es handelt sich hiebei um eine Verwirkungsfrist. Sie wird vor allem für die BRD von Bedeutung sein, weil dort unter Umständen das Ergebnis eines gegen eine Rückübernahmeverfügung angehobenen Rechtsmittelverfahren abzuwarten ist. Die Schweiz wird von dieser Bestimmung kaum betroffen sein, da den entsprechenden Verfügungen regelmässig die aufschiebende Wirkung entzogen ist (vgl. Art. 19 Abs. 3 AsylG über die Vollstreckung der Wegweisungsverfügung).

**Art. 7** regelt die Durchbeförderung von Drittstaatangehörigen durch das Hoheitsgebiet des jeweils anderen Vertragsstaates. Eine entsprechende Bestimmung enthält bereits das geltende Schubabkommen. In den vergangenen Jahren hat diese Möglichkeit vor allem im Zusammenhang mit dem Vollzug von Entfernungsmassnahmen im Asyl- und Ausländerbereich zunehmende Bedeutung erlangt. Eine Zusammenarbeit zwischen den Staaten drängt sich insbesondere deshalb auf, weil nicht jedes Land über Direktflüge in das jeweilige Heimatland der auszuschieffenden Ausländer verfügt.

**Art. 8** enthält Datenschutzbestimmungen. Im Verlauf der Vertragsverhandlungen wurde deutlich, dass zur korrekten Durchführung des Abkommens das Verankern von Datenschutzbestimmungen unerlässlich ist. Zusammen mit den im Protokoll erwähnten Grundsätzen entsprechen diese Bestimmungen den innerstaatlichen Regelungen beider Vertragsparteien in diesem Bereich.

**Art. 9** entspricht der heute geltenden Kostenregelung.

**Art. 10** übernimmt einen bewährten Grundsatz des heute geltenden Schubabkommens, wonach das Abkommen in erster Linie von den in Grenzangelegenheiten zuständigen lokalen Behörden umgesetzt werden soll, und nur im Falle von Schwierigkeiten oder zur Lösung von Fragen grundsätzlicher Natur die zentralen Behörden eingeschaltet werden sollen.

**Art. 11** erwähnt verschiedene völkerrechtliche Verpflichtungen der Vertragsstaaten, die vom Abkommen nicht berührt werden sollen. In erster Linie handelt es sich dabei um Verpflichtungen aus der Genfer Flüchtlingskonvention und den Auslieferungsverträgen. Ebenfalls nicht tangiert werden Vertragswerke im Bereich der Menschenrechte, auch wenn dies im Abkommen nicht explizit erwähnt wird. Abs. 3 dieses Artikels macht im übrigen deutlich, dass das bilaterale Abkommen keinen Einfluss auf die Vertragsbeziehungen der BRD als Mitgliedstaat der EG haben kann. Auch der Schweiz können aufgrund dieses Abkommens keine Rechte und Pflichten erwachsen, wie sie sich beispielsweise aus dem Dubliner Uebereinkommen, dem Uebereinkommen der Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaften über das Ueberschreiten der Aussengrenzen, etc. ergeben.

**Art. 12** statuiert den Grundsatz der gutnachbarlichen Zusammenarbeit bei der Durchführung dieses Abkommens. Beide Staaten unterstützen sich gegenseitig bei der Bekämpfung der illegalen Ein- und Ausreise. Zu diesem Zweck soll ein Ausschuss eingesetzt werden, der bei seiner Arbeit an die innerstaatlichen Schranken des Datenschutzes - insbesondere im Bereich der Datenübermittlung - gebunden ist.

**Art. 13** regelt das Inkrafttreten. Speziell an dieser Bestimmung ist, dass der Zeitpunkt, von dem an das Abkommen angewendet werden soll, unabhängig vom Zeitpunkt der Unterzeichnung ist. Die Schweiz legte Wert auf diese Differenzierung, weil sie sich vorbehalten wollte, das Abkommen erst dann zur Anwendung zu bringen, wenn sie sich Klarheit über die Wirkungsweise des Schengen/Polen-Uebereinkommens verschafft hat.

**Art. 14** enthält die üblichen Suspendierungs- und Kündigungsklauseln.

## **5. Ergebnisse der Aemterkonsultation**

Die in der Aemterkonsultation begrüßten Amtsstellen (Koordinator für internationale Flüchtlingspolitik, EDA, Direktion für Völkerrecht, EDA, Eidgenössische Oberzolldirektion, EFD) erklärten sich mit dem vorliegenden Antrag einverstanden.

## **6. Antrag**

**Art. 25 Abs. 1 Bst. a ANAG** erteilt dem Bundesrat in den Bereichen der Ein- und Ausreise von Ausländern, der Grenzkontrolle und dem kleinen Grenzverkehr die Kompetenz, Verordnungen zu erlassen. Da es sich hierbei um grenzüberschreitende Aufgaben handelt, die nur in Zusammenarbeit mit Drittstaaten angegangen werden können, ist in der innerstaatlichen Kompetenzdelegation von **Art. 25 Abs. 1 Bst. a ANAG** implizit auch die Ermächtigung des Bundesrates zum Abschluss von diesbezüglichen Staatsverträgen im vereinfachten Verfahren - d.h. ohne parlamentarisches Genehmigungsverfahren - enthalten (VPB 51 Nr. 58, S. 379). Dem Bundesrat steht somit die Kompetenz - ein Rückübernahmeabkommen abzuschliessen - zu. Mittels Einzelermächtigung kann diese Vertragsabschlusskompetenz an ein Departement subdelegiert werden (VPB 51 Nr. 58, S. 384 und 385).

Gestützt auf diese rechtlichen Erwägungen ist der Vorsteher des EJPD zu ermächtigen, das Abkommen mit der BRD über die Rückübernahme von Personen mit unbefugtem Aufenthalt zu unterzeichnen und den Zeitpunkt der Anwendung dieses Abkommens zu bestimmen.

Aufgrund dieser Erwägungen beantragen wir Ihnen, dem beiliegenden Beschlussentwurf zuzustimmen.

EIDGENÖSSISCHES JUSTIZ- UND  
POLIZEIDEPARTEMENT

*A. Koll*

Beilagen:

- Beschlussdispositiv
- Entwurf zu einem Abkommen zwischen der Schweiz und der Bundesrepublik Deutschland über die Rückübernahme von Personen mit unbefugtem Aufenthalt
- Entwurf zu einem Protokoll betreffend das oben erwähnte Abkommen

Zum Mitbericht an:

- EDA
- EFD

Protokollauszug an:

- EJPD ( 10 Exemplare)
- EDA, EFD (je 5 Exemplare)

**Abschluss eines Abkommens zwischen der Schweiz und der Bundesrepublik Deutschland über die Rückübernahme von Personen mit unbefugtem Aufenthalt**

Aufgrund des Antrages des EJPD vom 30. November 1993

Aufgrund der Ergebnisse des Mitberichtverfahrens wird

beschlossen:

1. Der Vorsteher des EJPD wird beauftragt, das Abkommen mit der Bundesrepublik Deutschland über die Rückübernahme von Personen mit unbefugtem Aufenthalt zu unterzeichnen und den Zeitpunkt der Anwendung dieses Abkommens zu bestimmen.
2. Die interessierten Behörden werden durch das EJPD informiert.

Für getreuen Protokollauszug:

Veröffentlichung:  
Amtliche Sammlung

**Abkommen**  
**zwischen**  
**dem Schweizerischen Bundesrat**  
**und**  
**der Regierung**  
**der Bundesrepublik Deutschland**  
**über**  
**die Rückübernahme von Personen mit unbefugtem Aufenthalt**  
**(Rückübernahmeabkommen)**



Der Schweizerische Bundesrat  
und  
die Regierung der Bundesrepublik Deutschland -

in dem Bestreben, die Rückübernahme von Personen an der gemeinsamen Grenze und die Durchbeförderung von Personen im Geiste der Zusammenarbeit und guten Nachbarschaft und auf der Grundlage der Gegenseitigkeit zu erleichtern -

haben folgendes vereinbart:

Artikel 1  
Übernahme eigener Staatsangehöriger

- (1) Jede Vertragspartei übernimmt auf Antrag der anderen Vertragspartei formlos die Person, die im Hoheitsgebiet der ersuchenden Vertragspartei die geltenden Voraussetzungen für die Einreise oder den Aufenthalt nicht oder nicht mehr erfüllt, wenn nachgewiesen oder glaubhaft gemacht wird, dass sie die Staatsangehörigkeit der ersuchten Vertragspartei besitzt.
- (2) Die ersuchende Vertragspartei nimmt diese Person unter denselben Voraussetzungen zurück, wenn die Nachprüfung ergibt, dass sie zum Zeitpunkt der Ausreise aus dem Hoheitsgebiet der ersuchenden Vertragspartei nicht im Besitz der Staatsangehörigkeit der ersuchten Vertragspartei war.

Artikel 2  
Übernahme bei Einreisen über die Aussengrenze

- (1) Die Vertragspartei, über deren Aussengrenze eine Person eingereist ist, die im Hoheitsgebiet der ersuchenden Vertragspartei die geltenden Voraussetzungen für die Einreise oder den Aufenthalt nicht erfüllt, übernimmt auf Antrag dieser Vertragspartei formlos diese Person.
- (2) Als Aussengrenze im Sinne dieses Artikels gilt die zuerst überschrittene Grenze, die nicht gemeinsame Grenze der Vertragsparteien ist.

(3) Die Rückübernahmeverpflichtung nach Absatz 1 besteht nicht gegenüber einer Person, die bei ihrer Einreise in das Hoheitsgebiet der ersuchenden Vertragspartei im Besitz eines gültigen Visums oder eines gültigen Aufenthaltstitels dieser Vertragspartei war oder der nach ihrer Einreise ein Visum oder ein Aufenthaltstitel durch diese Vertragspartei ausgestellt wurde.

### Artikel 3

#### Übernahme durch die für die Einreise verantwortliche Vertragspartei

(1) Verfügt eine Person, die im Hoheitsgebiet der ersuchenden Vertragspartei die geltenden Voraussetzungen für die Einreise oder den Aufenthalt nicht erfüllt, über einen gültigen, durch die andere Vertragspartei ausgestellten Aufenthaltstitel oder ein gültiges Visum, so übernimmt diese Vertragspartei auf Antrag der ersuchenden Vertragspartei formlos diese Person.

(2) Haben beide Vertragsparteien ein Visum oder einen Aufenthaltstitel erteilt, so ist die Vertragspartei zuständig, deren Visum oder Aufenthaltserlaubnis zuletzt erlischt.

### Artikel 4

#### Aufenthaltstitel

Als Aufenthaltstitel nach den Artikeln 2 Absatz 3 und 3 Absatz 1 gilt jede von einer Vertragspartei ausgestellte Erlaubnis gleich welcher Art, die zum Aufenthalt in deren Hoheitsgebiet berechtigt. Hierzu zählt nicht die befristete Zulassung zum Aufenthalt im Hoheitsgebiet einer der Vertragsparteien im Hinblick auf die Behandlung eines Asylbegehrens oder eines Antrags auf eine Aufenthaltsgenehmigung.

## Artikel 5

### Fristen

- (1) Die ersuchte Vertragspartei beantwortet die an sie gerichteten Rückübernahmeersuchen innerhalb von acht Tagen.
- (2) Die ersuchte Vertragspartei übernimmt die Person, deren Rückübernahme zugestimmt wurde, innerhalb eines Monats. Diese Frist kann auf Antrag der ersuchenden Vertragspartei verlängert werden.

## Artikel 6

### Ausschlussfrist für die Rückübernahmeverpflichtung

Hält sich ein Ausländer mit Wissen einer Vertragspartei nachweisbar länger als ein Jahr ununterbrochen in ihrem Hoheitsgebiet auf, kann sie kein Rückübernahmeersuchen mehr stellen.

## Artikel 7

### Durchbeförderung

- (1) Die Vertragsparteien erklären sich bereit, Ersuchen der Behörden der jeweils anderen Vertragspartei um Durchbeförderung von Personen zu entsprechen, die nicht die Staatsangehörigkeit einer Vertragspartei besitzen, wenn die Weiterreise und die Übernahme durch den Zielstaat gesichert sind.
- (2) Die Durchbeförderung kann abgelehnt werden, wenn
  1. die Person in einem weiteren Durchgangsstaat oder im Zielstaat der Gefahr der politischen Verfolgung ausgesetzt wäre oder eine Strafverfolgung oder Strafvollstreckung zu erwarten hätte oder
  2. wenn sie im Hoheitsgebiet der ersuchten Vertragspartei wegen einer strafbaren Handlung verfolgt werden müsste; der ersuchenden Vertragspartei ist davon vor der Durchbeförderung Kenntnis zu geben.

- (3) Ein Transit-Visum der ersuchten Vertragspartei ist nicht erforderlich.
- (4) Trotz erteilter Bewilligung können zur Durchbeförderung übernommene Personen an die andere Vertragspartei zurückgegeben werden, wenn nachträglich Tatsachen im Sinne des Absatzes 2 eintreten oder bekannt werden, die einer Durchbeförderung entgegenstehen, oder wenn die Weiterreise oder die Uebernahme durch den Zielstaat nicht mehr gesichert ist.

## Artikel 8 Datenschutz

Soweit für die Durchführung des Abkommens personenbezogene Daten zu übermitteln sind, dürfen diese Informationen ausschliesslich betreffen

- die Personalien der zu übergebenden Person und gegebenenfalls der Angehörigen (Name, Vorname, gegebenenfalls früherer Name, Beinamen oder Pseudonyme, Geburtsdatum und -ort, Geschlecht, derzeitige und frühere Staatsangehörigkeit),
- den Personalausweis oder den Reisepass (Nummer, Gültigkeitsdauer, Ausstellungsdatum, ausstellende Behörde, Ausstellungsort usw.),
- sonstige zur Identifizierung der zu übergebenden Personen erforderliche Angaben,
- die Aufenthaltsorte und die Reisewege,
- die Aufenthaltserlaubnisse oder die durch eine der Vertragsparteien erteilten Visa,
- gegebenenfalls den Ort der Einreichung eines Asylantrags,
- gegebenenfalls das Datum der Einreichung eines früheren Asylantrags, das Datum der Einreichung des jetzigen Asylantrags, den Stand des Verfahrens und den Tenor der gegebenenfalls getroffenen Entscheidung.

Für den Umgang mit diesen Daten sind die zu Artikel 8 des Protokolls zu diesem Abkommen aufgeführten Grundsätze zu beachten.

### Artikel 9

#### Kosten

- (1) Die Kosten der Beförderung von Personen, die nach den Artikeln 1, 2 und 3 übernommen oder nach Artikel 7 zur Durchbeförderung übernommen werden, trägt bis zur Grenzübergangsstelle die ersuchende Vertragspartei.
- (2) Die Kosten der Durchbeförderung bis an die Grenze des Zielstaates und gegebenenfalls auch die aus dem Rücktransport erwachsenden Kosten trägt die ersuchende Vertragspartei.

### Artikel 10

#### Zuständige Behörden

Die für die Durchführung der Rückübernahmeersuchen und die Durchbeförderung zuständigen zentralen oder örtlichen Behörden werden von den für die Grenzkontrollen zuständigen Ministerien bezeichnet und der anderen Vertragspartei spätestens bei Unterzeichnung dieses Abkommens mitgeteilt.

### Artikel 11

#### Unberührtheitsklausel

- (1) Die Anwendung des Abkommens vom 28. Juli 1951 über die Rechtsstellung der Flüchtlinge in der Fassung des Protokolls vom 31. Januar 1967 über die Rechtsstellung der Flüchtlinge bleibt unberührt.

(2) Die Verpflichtungen aus den zwischenstaatlichen Verträgen über die Auslieferung und die Durchlieferung sowie aus den Niederlassungsverträgen der Vertragsparteien bleiben unberührt.

(3) Die Verpflichtung der Bundesrepublik Deutschland als Mitgliedstaat der Europäischen Gemeinschaft, die sich aus dem Gemeinschaftsrecht ergeben, sowie die Anwendung des Übereinkommens vom 14. Juni 1985 zwischen den Regierungen der Benelux-Wirtschaftsunion, der Bundesrepublik Deutschland und der Französischen Republik über den schrittweisen Abbau der Kontrollen an den gemeinsamen Grenzen sowie des Durchführungsübereinkommens vom 19. Juni 1990 zu diesem Übereinkommen und aus den Übereinkommen vom 29. März 1991 zwischen den Schengener Staaten und Polen über die Rückübernahme von Personen mit unbefugtem Aufenthalt und die Anwendung des Dubliner Übereinkommens vom 15. Juni 1990 über die Bestimmung des zuständigen Staates für die Prüfung eines in einem Mitgliedstaat der Europäischen Gemeinschaften gestellten Asylantrags durch die Bundesrepublik Deutschland bleiben unberührt.

## Artikel 12

### Zusammenarbeit bei der Bekämpfung illegaler Einreisen, Expertenausschuss

(1) Die Vertragsparteien unterstützen sich bei der Umsetzung des Abkommens und bei der Bekämpfung der illegalen Einreise von Ausländern und arbeiten hierbei eng und vertrauensvoll zusammen. Die Zusammenarbeit umfasst insbesondere folgende Gebiete:

1. Gemeinsame Analyse der Ursachen und Zusammenhänge der illegalen Einreise von Ausländern.
2. Ausarbeitung geeigneter Massnahmen zur Bekämpfung der illegalen Einreise von Ausländern.
3. Durchführung der Kontroll- und Überwachungsmassnahmen, insbesondere an der gemeinsamen Grenze, in enger Abstimmung.

- (2) Die Vertragsparteien übermitteln einander nach Massgabe ihres jeweiligen Rechts die für den Empfänger zur Umsetzung des Abkommens und zur Bekämpfung der illegalen Einreise von Ausländern erforderlichen Informationen. Besondere Vorschriften über die Rechts- und Amtshilfe in Strafsachen bleiben unberührt.
- (3) Die Zusammenarbeit aufgrund anderer Verträge und Übereinkommen bleibt unberührt.
- (4) Die Vertragsparteien setzen einen Ausschuss zur Prüfung von Fragen im Zusammenhang mit der Anwendung und Auslegung dieses Abkommens ein. Falls Schwierigkeiten auftreten, unterbreitet der Ausschuss den Vertragsparteien Vorschläge zu deren Behebung. Die Zustimmung der zuständigen Behörden zu den vorgeschlagenen Regelungen bleibt vorbehalten. Der Ausschuss kann auch Vorschläge zur Änderung dieses Abkommens unterbreiten.
- (5) Der Ausschuss besteht aus je drei Mitgliedern der Vertragsparteien. Er kann weitere Experten zu den Beratungen hinzuziehen.

### Artikel 13 Inkrafttreten

Dieses Abkommen tritt am ersten Tag des zweiten Monats nach seiner Unterzeichnung in Kraft. Es wird erst von dem Tag an angewandt, den die Vertragsparteien durch Notenwechsel vereinbaren. Mit der Anwendung tritt das durch Notenwechsel geschlossene Abkommen vom 28. Dezember 1954 zwischen dem Schweizerischen Bundesrat und der Regierung der Bundesrepublik Deutschland über die Übernahme von Personen an der Grenze ausser Kraft.

Artikel 14  
Suspendierung, Kündigung

(1) Jede Vertragspartei kann dieses Abkommen nach Konsultation mit der anderen Vertragspartei aus wichtigem Grunde durch Notifikation suspendieren oder kündigen.

(2) Die Suspendierung oder Kündigung tritt am ersten Tag des Monats nach Eingang der betreffenden Notifikation bei der anderen Vertragspartei in Kraft.

Geschehen zu                                  am

in zwei Urschriften in deutscher Sprache.

Für den  
Schweizerischen Bundesrat

Für die Regierung  
der Bundesrepublik Deutschland



## Protokoll

In Ergänzung des Abkommens vom \_\_\_\_\_ zwischen dem Schweizerischen Bundesrat und der Regierung der Bundesrepublik Deutschland über die Rückübernahme von Personen mit unbefugtem Aufenthalt (Rückübernahmeabkommen) haben die Vertragsparteien die folgenden gemeinsamen Erklärungen abgegeben und die folgenden einseitigen Erklärungen entgegengenommen:

1. Gemeinsame Erklärung zur Auslegung und Anwendung einzelner Bestimmungen des Rückübernahmeabkommens:

### Zu Artikel 1

- a) Der Nachweis der Staatsangehörigkeit gemäss Artikel 1 Absatz 1 kann insbesondere mit folgenden Urkunden geführt werden:
  - Staatsangehörigkeitsurkunden,
  - Pässen aller Art, (Nationalpässe, Diplomatenpässe, Dienstpässe, Passersatzdokumente mit Lichtbild)
  - Personalausweisen, (auch vorläufige und behelfsmässige Personalausweise)
  - vorläufigen Identitätsbescheinigungen,
  - Wehrpässen und Militärausweisen,
  - Kinderausweisen als Passersatz,
  - Behördenauskünften mit eindeutigen Aussagen.

Bei Vorlage derartiger Dokumente wird die so nachgewiesene Staatsangehörigkeit unter den Vertragsparteien verbindlich anerkannt, ohne dass es einer weiteren Überprüfung bedarf.

- b) Die Glaubhaftmachung der Staatsangehörigkeit kann insbesondere erfolgen durch
- andere Dokumente als Wehrpässe und Militärausweise, die die Zugehörigkeit zu den Streitkräften einer der Vertragsparteien belegen,
  - Führerscheine,
  - Geburtsurkunden,
  - Firmenausweise,
  - Versicherungsnachweise,
  - Seefahrtbücher,
  - Binnenschifferausweise,
  - Zeugenaussagen,
  - eigene Angaben des Betroffenen,
  - die Sprache des Betroffenen.

In diesen Fällen gilt die Staatsangehörigkeit unter den Vertragsparteien als feststehend, solange die ersuchte Partei dies nicht widerlegt hat.

- c) Die in Nummer 1 aufgeführten Dokumente genügen auch dann als Nachweis oder Glaubhaftmachung der Staatsangehörigkeit, wenn sie zu Unrecht ausgestellt oder durch Zeitablauf ungültig geworden sind.

#### Zu den Artikeln 2, 3 und 4

- a) Artikel 2 bis 4 beziehen sich auf Personen, die nicht Staatsangehörige einer der Vertragsparteien sind (Drittausländer).
- b) Die Geburt im Hoheitsgebiet der ersuchten Vertragspartei steht bei der Anwendung des Artikels 2 Absatz 1 der Einreise über deren Aussengrenze gleich.
- c) Die Einreise über eine Aussengrenze der Vertragsparteien gemäss Artikel 2 Absatz 1 muss nachgewiesen oder glaubhaft gemacht werden.

- d) Mit dem Nachweis oder der Glaubhaftmachung der Einreise eines Drittausländers über die gemeinsame Grenze in das Hoheitsgebiet der ersuchenden Vertragspartei wird zugleich dessen vorherige Einreise über eine Aussengrenze in das Hoheitsgebiet der ersuchten Vertragspartei nachgewiesen oder glaubhaft gemacht.
- e) Die Einreise über die Aussengrenze beziehungsweise über die gemeinsame Grenze wird nachgewiesen durch:
- Einreisestempel/-vermerke in Reisedokumenten,
  - Fahrkarten, Flugscheine und vergleichbare Urkunden, aus denen sich die Reiseroute ergibt,
  - Aussagen von Personen, zum Beispiel Angehörigen der Grenzbehörden, die die Einreise über eine Aussengrenze bezeugen können.

Sie wird glaubhaft gemacht durch:

- überprüfbare Angaben der eingereisten Personen,
  - Unterlagen und Belege, zum Beispiel Rechnungen, Quittungen und Bescheinigungen, denen sich Rückschlüsse auf den Reiseweg entnehmen lassen,
  - Unterlagen und Belege, die auf einen vorherigen Aufenthalt im Hoheitsgebiet der ersuchten Vertragspartei hinweisen.
- f) In den Fällen, in denen die Einreise über die Aussengrenze nachgewiesen wird, ist sie unter den Vertragsparteien verbindlich anerkannt, ohne dass weitere Erhebungen durchgeführt werden.  
Wird die Einreise über die Aussengrenze glaubhaft gemacht, gilt sie unter den Vertragsparteien als feststehend, solange die ersuchte Vertragspartei dies nicht widerlegt hat.
- g) Visum im Sinne des Artikels 2 Absatz 3 ist ein Transit-Visum nur dann, wenn beide Vertragsparteien ein solches Visum ausgestellt haben.

- d) Die übermittelnde Vertragspartei ist verpflichtet, auf die Richtigkeit der zu übermittelnden Daten sowie auf die Erforderlichkeit und Verhältnismässigkeit in bezug auf den mit der Übermittlung verfolgten Zweck zu achten. Dabei sind die nach dem jeweiligen innerstaatlichen Recht geltenden Übermittlungsverbote zu beachten. Erweist sich, dass unrichtige oder Daten, die nicht übermittelt werden durften, übermittelt worden sind, so ist dies dem Empfänger unverzüglich mitzuteilen. Er ist verpflichtet, die Berichtigung oder Vernichtung vorzunehmen.
- e) Dem Betroffenen ist auf Antrag über die zu seiner Person vorhandenen Informationen sowie über den vorgesehenen Verwendungszweck Auskunft zu erteilen. Eine Verpflichtung zur Auskunftserteilung besteht nicht, soweit eine Abwägung ergibt, dass das öffentliche Interesse, die Auskunft nicht zu erteilen, das Interesse des Betroffenen an der Auskunftserteilung überwiegt.

Im übrigen richtet sich das Recht des Betroffenen, über die zu seiner Person vorhandenen Daten Auskunft zu erhalten, nach dem innerstaatlichen Recht der Vertragspartei, in deren Hoheitsgebiet die Auskunft beantragt wird.

- f) Die übermittelten personenbezogenen Daten sind nur solange aufzubewahren, wie es der Zweck, für den sie übermittelt worden sind, erfordert. Die Vertragsparteien beauftragen ein geeignetes Gremium mit der unabhängigen Kontrolle der Verarbeitung und Verwendung der aufbewahrten Daten.
- g) Beide Vertragsparteien sind verpflichtet, die Übermittlung und den Empfang von personenbezogenen Daten aktenkundig zu machen.
- h) Beide Vertragsparteien sind verpflichtet, die übermittelten personenbezogenen Daten wirksam gegen unbefugten Zugang, unbefugte Veränderung und unbefugte Bekanntgabe zu schützen. Die übermittelten Daten geniessen auf jeden Fall zumindest den Schutz, der auf Grund des Rechts der empfangenden Vertragspartei für Daten gleicher Art gilt.

## Zu Artikel 5

- a) Die Fristen nach Artikel 5 sind Höchstfristen.

Im Regelfall soll eine Übernahme unverzüglich, möglichst innerhalb von zwei Tagen, vollzogen sein. Die Frist beginnt mit der Bekanntgabe des Rückübernahmeersuchens an die ersuchte Vertragspartei.

- b) Die ersuchte Vertragspartei wird einem Antrag auf Fristverlängerung entsprechen, wenn der ersuchenden Vertragspartei die Einhaltung der Frist aus tatsächlichen oder rechtlichen Gründen unmöglich ist.

## Zu den Artikeln 1, 2, 3, 4 und 7

Die nach den Artikeln 1, 2, 3, 4 und 7 zu überstellenden Personen können an allen Grenzübergangsstellen überstellt werden. Die Grenzbehörden der Vertragsparteien können einvernehmlich eine abweichende Regelung treffen.

## Zu Artikel 8

Für die Übermittlung personenbezogener Daten nach Artikel 8 sind folgende Grundätze zu beachten:

- a) Die Nutzung der Daten durch den Empfänger ist nur zu dem angegebenen Zweck und zu den durch die übermittelnde Vertragspartei vorgeschriebenen Bedingungen zulässig.
- b) Der Empfänger unterrichtet die übermittelnde Vertragspartei auf Ersuchen über die Verwendung der übermittelten Daten und über die dadurch erzielten Ergebnisse.
- c) Personenbezogene Daten dürfen ausschliesslich an die zuständigen Stellen übermittelt werden. Die weitere Übermittlung an andere Stellen darf nur mit vorheriger Zustimmung der übermittelnden Stelle erfolgen.

## Zu Artikel 11

Artikel 11 Absatz 3 gilt sinngemäss im Falle eines Beitritts der Schweiz zu einem Parallelabkommen zum Dubliner Übereinkommen vom 15. Juni 1990 über die Bestimmung des zuständigen Staates für die Prüfung eines in einem Mitgliedstaat der Europäischen Gemeinschaft gestellten Asylantrags und eines Beitritts der Schweiz zum Übereinkommen vom 29. März 1991 zwischen den Schengener Staaten und Polen über die Rückübernahme von Personen mit unbefugtem Aufenthalt.

## 2. Erklärung des Schweizerischen Bundesrats zu Artikel 2 Absatz 3:

- a) Visum im Sinne des Artikels 2 Absatz 3 sind das "Visum", das "Transitvisum", das "Einreisevisum", das "Diplomatenvisum", das "Dienstvisum", das "Höflichkeitsvisum", das "Kollektivvisum" und das "Rückreisevisum":
- b) Aufenthaltstitel im Sinne des Artikels 2 Absatz 3 sind die "Aufenthaltsbewilligung" und die "Niederlassungsbewilligung":

## 3. Erklärung der Regierung der Bundesrepublik Deutschland zu Artikel 2 Absatz 3:

- a) Visum im Sinne des Artikels 2 Absatz 3 sind das "Visum", das "Transit-Visum", das "Ausnahme-Visum" und das "Ausnahme-Transit-Visum".
- b) Aufenthaltstitel im Sinne des Artikels 2 Absatz 3 sind die befristete und unbefristete "Aufenthaltserlaubnis", die "Aufenthaltsberechtigung", die "Aufenthaltsbewilligung" und die "Aufenthaltsbefugnis".

Dieses Protokoll tritt gemäss Artikel 13 des Abkommens in Kraft.

Geschehen zu am

in zwei Urschriften in deutscher Sprache.

Für den  
Schweizerischen Bundesrat

Für die Regierung  
der Bundesrepublik Deutschland

**Accord**

**entre**

**le Conseil fédéral suisse**

**et**

**le gouvernement**

**de la République fédérale d'Allemagne**

**relatif à**

**la reprise de personnes en situation irrégulière**

**(accord sur la reprise)**



## Le Conseil fédéral suisse

et

le gouvernement de la République fédérale d'Allemagne,

dans l'intention de faciliter, dans un esprit de coopération et de bon voisinage ainsi que selon le principe de la réciprocité, la reprise de personnes à la frontière commune et leur transport en transit, sont convenus des dispositions suivantes:

Article premier  
Reprise de nationaux

(1) Chaque partie contractante, à la demande de l'autre partie, reprendra sans formalité spéciale la personne qui ne remplit pas ou plus les conditions d'entrée ou de séjour sur le territoire national de la partie contractante requérante, s'il est prouvé ou vraisemblable que cette personne possède la nationalité de la partie contractante requise.

(2) La partie contractante requérante reprend cette personne dans les mêmes conditions si l'examen ultérieur révèle qu'au moment du départ de son territoire national, celle-ci ne possédait pas la nationalité de la partie contractante requise.

Article 2  
Reprise lors d'entrées par la frontière extérieure

(1) La partie contractante à la frontière extérieure de laquelle est entrée une personne qui ne remplit pas les conditions en vigueur pour l'entrée ou le séjour sur le territoire national de la partie contractante requérante, reprendra, à la demande de celle-ci, cette personne sans formalité spéciale.

(2) Est considérée comme frontière extérieure au sens du présent article la frontière franchie en premier qui n'est pas commune aux parties contractantes.

(3) L'obligation de reprise selon le premier alinéa ne s'applique pas envers une personne qui, lors de son entrée sur le territoire national de la partie contractante requérante, était en possession d'un visa ou d'un titre de séjour valable aux yeux de cette partie ou qui a reçu de celle-ci après son entrée un visa ou un titre de séjour.

### Article 3

#### Reprise par la partie contractante responsable de l'entrée

(1) Si une personne qui ne remplit pas les conditions d'entrée ou de séjour en vigueur sur le territoire national de la partie contractante requérante, possède un titre de séjour ou un visa valable délivré par l'autre partie, cette dernière, à la demande de la partie contractante requérante, reprend cette personne sans formalité spéciale.

(2) Si les deux parties contractantes ont délivré un visa ou un titre de séjour, la partie compétente est celle dont le visa ou l'autorisation de séjour arrive à échéance en dernier lieu.

### Article 4

#### Titre de séjour

Vaut comme titre de séjour selon les articles 2, 3e alinéa, et 3, 1er alinéa, toute autorisation, de quelque nature qu'elle soit, établie par l'une des parties contractantes, qui donne droit à séjourner sur son territoire national. Cette définition ne s'applique pas à l'admission provisoire permettant de séjourner sur le territoire national de l'une des parties contractantes en vue du traitement d'une demande d'asile ou d'une demande d'autorisation de séjour.

### Article 5

#### Délais

(1) La partie contractante requise répondra dans les huit jours aux demandes de reprise qui lui sont adressées.

(2) La partie contractante requise reprendra dans un délai d'un mois la personne dont la reprise est décidée. Ce délai peut être prorogé à la demande de la partie contractante requérante.

### Article 6

#### Délai de forclusion pour l'obligation de reprise

(1) S'il s'avère qu'un étranger a séjourné, au su d'une partie contractante, durant plus d'un an sans interruption sur son territoire national, celle-ci ne peut plus faire valoir de demandes de reprise.

Article 7  
Transport en transit

(1) Chacune des parties contractantes se déclare prête à répondre aux demandes des autorités de l'autre partie relatives au transport en transit des personnes qui ne possèdent pas la nationalité d'une des parties contractantes, à condition que la poursuite du voyage et la reprise par l'Etat de destination soient assurées.

(2) Le transport en transit peut être refusé lorsque

1. la personne serait exposée au risque de persécution politique dans un autre Etat de transit ou dans l'Etat de destination ou qu'elle devrait s'attendre à une poursuite ou à une exécution pénale, ou
2. qu'elle devrait être poursuivie sur le territoire national de la partie contractante requise en raison d'un acte punissable; la partie contractante requérante doit en être informée avant le transport en transit.

(3) Un visa de transit de la partie contractante requise n'est pas nécessaire.

(4) Même après délivrance d'une autorisation, les personnes prises en charge pour le transport en transit peuvent être renvoyées à l'autre partie contractante si des faits qui s'opposent à un transport en transit au sens du 2e alinéa apparaissent ou sont révélés ultérieurement ou si la poursuite du voyage ou la reprise par l'Etat de destination ne sont plus assurées.

## Article 8 Protection des données

Dans la mesure où la transmission de données personnelles est requise pour l'application du présent accord, ces informations doivent concerner exclusivement

- les données personnelles concernant la personne à remettre et éventuellement celles de parents (nom, prénom, le cas échéant nom antérieur, surnoms ou pseudonymes, date et lieu de naissance, sexe, nationalité actuelle et antérieure),
- la carte d'identité ou le passeport (numéro, durée de validité, date d'établissement, autorités d'établissement, lieu d'établissement, etc.),
- les autres données indispensables à l'identification de la personne à remettre,
- les lieux de séjour et les itinéraires,
- les autorisations de séjour ou les visas accordés par l'une des parties contractantes,
- le cas échéant, le lieu de dépôt d'une demande d'asile,
- le cas échéant, la date de dépôt d'une demande d'asile antérieure, la date de dépôt de l'actuelle demande d'asile, l'état de la procédure et la teneur de la décision éventuellement rendue.

Le traitement de ces données est régi par les principes énoncés à l'article 8 du protocole au présent accord.

## Article 9 Frais

(1) La partie contractante requérante supporte jusqu'au poste frontière de passage les frais de déplacement de personnes reprises aux termes des articles premier, 2 et 3 ou les frais de transport en transit dans le cas de celles reprises selon l'article 7.

(2) La partie contractante requérante supporte les frais de transport en transit jusqu'à la frontière de l'Etat de destination et, le cas échéant, également les frais résultant de ce transport.

#### Article 10 Autorités compétentes

Les ministères responsables des contrôles à la frontière désignent les autorités centrales ou locales compétentes pour l'exécution des demandes de reprise et du transport en transit; ils les communiquent à l'autre partie contractante au plus tard lors de la signature du présent accord.

#### Article 11 Clause d'intangibilité

(1) L'application de la convention du 28 juillet 1951 relative au statut des réfugiés, dans la version du protocole du 31 janvier 1967 relatif au statut des réfugiés, n'est pas touchée par le présent accord.

(2) Les obligations découlant des traités internationaux sur l'extradition et l'extradition en transit ainsi que des conventions sur l'établissement conclues par les parties contractantes ne sont pas touchées par le présent accord.

(3) Ne sont pas touchées par le présent accord l'obligation de la République fédérale d'Allemagne, en sa qualité d'Etat membre de la Communauté européenne, qui découle du droit communautaire, ainsi que l'application de l'Accord du 14 juin 1985 entre les gouvernements des Etats de l'Union économique du Benelux, de la République fédérale d'Allemagne et de la République française relatif à la suppression graduelle des contrôles aux frontières communes et celle de la convention d'application du 19 juin 1990 relative cet accord, obligation découlant également de l'Accord du 29 mars 1991 entre les Etats de Schengen et la Pologne relatif à la réadmission des personnes en situation irrégulière, ainsi que l'application par la République fédérale d'Allemagne de la Convention de Dublin du 15 juin 1990 relative à la détermination de l'Etat responsable de l'examen d'une demande d'asile présentée dans l'un des Etats membres des communautés européennes.

Article 12  
Coopération dans la lutte contre les entrées illégales,  
commission d'experts

(1) Les parties contractantes s'entraident en matière d'application du présent accord et de lutte contre les entrées illégales d'étrangers; elles coopèrent étroitement et sur une base de confiance mutuelle. La coopération porte notamment sur les domaines suivants:

1. Analyse commune des causes et des circonstances liées à l'entrée illégale d'étrangers.
2. Elaboration de mesures propres à combattre l'entrée illégale d'étrangers.
3. Exécution en étroite collaboration des mesures de contrôle et de surveillance, notamment à la frontière commune.

(2) Les parties contractantes se transmettent, dans la mesure où leur législation respective les y autorise, les informations nécessaires à l'application de l'accord et à la lutte contre l'entrée illégale d'étrangers. Les prescriptions particulières sur l'entraide judiciaire et administrative en matière pénale ne sont pas touchées par le présent accord.

(3) La coopération découlant d'autres conventions et traités n'est pas touchée par le présent accord.

(4) Les parties contractantes instaurent une commission pour examiner les questions relatives à l'application et à l'interprétation du présent accord. Si des difficultés devaient survenir, la commission soumettra aux parties contractantes des propositions pour y remédier. Demeure réservée l'approbation des autorités compétentes quant aux réglementations proposées. La commission peut aussi soumettre des propositions visant à modifier le présent accord.

(5) La commission se compose de trois représentants de chaque partie contractante. Pour ses délibérations, elle peut faire appel à d'autres experts.

Article 13  
Entrée en vigueur

Le présent accord entre en vigueur le premier jour du deuxième mois suivant sa ratification. Il ne sera appliqué qu'à partir du jour convenu par les parties contractantes par échange de notes. Son application rend caduc l'accord du 28 décembre 1954 concernant la reprise de personnes à la frontière, conclu par échange de notes, entre le Conseil fédéral suisse et le gouvernement de la République fédérale d'Allemagne.

Article 14  
Suspension, résiliation

(1) Chacune des parties contractantes peut, en présence de motifs importants et après avoir consulté l'autre partie, suspendre ou résilier le présent accord en le notifiant à cette dernière.

(2) La suspension ou la résiliation entre en vigueur le premier jour du mois suivant la réception de la notification en question par l'autre partie contractante.

Paraphé à \_\_\_\_\_, le

en deux exemplaires originaux, rédigés en langue allemande.

Pour le  
Conseil fédéral suisse

Pour le gouvernement de la  
République fédérale d'Allemagne

## P r o t o c o l e

En complément de l'accord du \_\_\_\_\_ entre le Conseil fédéral suisse et le gouvernement de la République fédérale d'Allemagne relatif à la reprise de personnes en situation irrégulière (accord sur la reprise), les parties contractantes ont fait les déclarations communes ci-après et accepté les déclarations unilatérales suivantes:

1. Déclaration commune relative à l'interprétation et à l'application de certaines dispositions de l'accord sur la reprise:

### Ad article premier

a) La preuve de la nationalité selon l'article premier, 1er alinéa peut être apportée notamment au moyen des pièces suivantes:

- attestations de nationalité,
- passeports de tout genre (passeports nationaux, passeports diplomatiques, passeports de service, documents remplaçant le passeport avec photographie),
- cartes personnelles de légitimation (y compris les cartes de légitimation provisoires ou de fortune),
- attestations provisoires d'identité,
- livrets et attestations militaires,
- cartes d'identité pour enfants remplaçant le passeport,
- renseignements précis émanant d'autorités

Sur présentation de tels documents, les parties contractantes reconnaissent que la preuve de la nationalité est faite, sans que d'autres examens soient nécessaires.

b) Le caractère vraisemblable de la nationalité est considéré comme acquis en présence des documents ou circonstances ci-après:

- autres documents que des livrets et attestations militaires qui prouvent l'appartenance aux forces armées de l'une des parties contractantes,



- permis de conduire,
- certificats de naissance,
- pièces d'identité d'entreprise,
- attestations d'assurance,
- livrets professionnels maritimes,
- certificats de navigation fluviale,
- déclarations de témoins,
- indications données par la personne concernée,
- la langue de la personne concernée.

Dans ces cas, la nationalité est considérée comme établie entre les parties contractantes aussi longtemps que la partie requise ne l'a pas infirmée.

c) Les documents mentionnés au numéro 1 suffisent également comme preuve ou comme indice vraisemblable de la nationalité s'ils ont été établis à tort ou sont périmés.

#### Ad articles 2, 3 et 4

a) Les articles 2 à 4 se rapportent à des personnes qui ne sont pas ressortissantes de l'une des parties contractantes ( ressortissants d'Etats tiers).

b) La naissance sur le territoire national de la partie contractante requise équivaut, en cas d'application de l'article 2, 1er alinéa, à l'entrée par une frontière extérieure de cette partie.

c) L'entrée par une frontière extérieure des parties contractantes selon l'article 2, 1er alinéa doit être prouvée ou rendue crédible.

d) Lorsqu'il est prouvé ou vraisemblable qu'un étranger ressortissant d'un Etat tiers est entré, par la frontière commune, sur le territoire national de la partie contractante requérante, son entrée préalable par une frontière extérieure sur le territoire national de la partie contractante requise est également considérée comme prouvée ou vraisemblable.

e) L'entrée par une frontière extérieure ou par la frontière commune est prouvée dans les cas suivants:

- timbre ou mention d'entrée sur les documents de voyage,
- titres de transport, billets d'avion et documents analogues dont ressort l'itinéraire,
- déclarations de personnes, par exemple de membres des autorités frontalières, qui peuvent attester l'entrée par une frontière extérieure.

Elle est considérée vraisemblable dans les cas suivants:

- déclarations vérifiables des personnes entrées,
- documents et justificatifs, par exemple factures, quittances et attestations permettant de reconstituer l'itinéraire,
- documents et justificatifs indiquant un séjour préalable sur le territoire national de la partie contractante requise.

f) Dans les cas où l'entrée par une frontière extérieure est prouvée, les parties contractantes la reconnaissent officiellement sans procéder à de plus amples investigations. Si l'entrée par la frontière extérieure est rendue crédible, les parties contractantes la tiennent pour acquise aussi longtemps que la partie contractante requise ne l'aura pas réfutée.

g) N'est un visa au sens de l'article 2, 3e alinéa que le visa de transit établi par chacune des deux parties contractantes.

#### Ad article 5

a) Les délais selon l'article 5 sont des délais maximaux.

En règle générale, une reprise doit être exécutée immédiatement, si possible dans un délai de deux jours. Le délai commence à courir dès la notification de la demande de reprise à la partie contractante requise.

b) La partie contractante requise acquiescera à une demande de prorogation de délai si la partie contractante requérante est dans l'impossibilité, pour des raisons objectives ou juridiques,

de respecter le délai.

Ad articles premier, 2, 3, 4 et 7

Les personnes à remettre selon les articles 1er, 2, 3, 4 et 7 peuvent être remises à tous les postes frontières. Les autorités des parties contractantes peuvent convenir d'une réglementation divergente.

Ad article 8

Pour ce qui est de la transmission de données personnelles selon l'article 8, il y a lieu d'observer les principes suivants:

- a) L'utilisation des données par le destinataire n'est autorisée que dans le but indiqué et aux conditions fixées par la partie contractante transmetteuse.
- b) Le destinataire informe la partie contractante transmetteuse, à sa demande, de l'utilisation des données transmises et des résultats ainsi obtenus.
- c) Les données personnelles peuvent être transmises exclusivement aux organes compétents. Toute transmission ultérieure à d'autres organes doit recevoir au préalable l'autorisation de l'organe transmetteur.
- d) La partie contractante transmetteuse est tenue de s'assurer de l'exactitude des données à transmettre ainsi que de la nécessité et de la proportionnalité par rapport au but poursuivi par la communication. Ce faisant, il y a lieu de tenir compte des interdictions de transmission en vigueur d'après le droit national en cause. S'il s'avère que des données inexactes ont été transmises ou que la transmission était induue, le destinataire doit en être avisé immédiatement. Il est tenu de procéder à la rectification ou à la destruction nécessaire.
- e) A sa demande, la personne concernée sera renseignée sur les informations existant à son sujet et sur le mode d'utilisation prévu. Il n'existe pas d'obligation de renseigner s'il apparaît que l'intérêt public à ne pas donner de renseignements est prépondérant par rapport à celui de la personne concernée à être renseignée.

Par ailleurs, le droit de la personne concernée à recevoir des informations sur les données la touchant personnellement relève du droit national de la partie contractante sur le territoire national de laquelle le renseignement a été demandé.

f) Les données personnelles transmises ne seront conservées qu'aussi longtemps que ne l'exige le but dans lequel elles ont été communiquées. Les parties contractantes chargent un organe indépendant approprié de contrôler le traitement et l'utilisation de ces données.

g) Les deux parties contractantes sont tenues de classer dans des dossiers la transmission et la réception des données personnelles.

h) Les deux parties contractantes sont tenues de protéger efficacement les données personnelles transmises contre l'accès non autorisé, les modifications abusives et la communication non autorisée. En tous les cas, les données transmises bénéficient au moins de la protection dont jouissent les données de même nature dans la législation de la partie requérante.

#### Ad article 11

L'article 11, 3e alinéa s'applique par analogie dans le cas d'une adhésion de la Suisse à une convention parallèle à la Convention de Dublin du 15 juin 1990 relative à la détermination de l'Etat responsable de l'examen d'une demande d'asile présentée dans l'un des Etats membres des communautés européennes et d'une adhésion de la Suisse à l'accord du 29 mars 1991 entre les Etats de Schengen et la Pologne relatif à la réadmission des personnes en situation irrégulière.

2. Déclaration du Conseil fédéral suisse au sujet de l'article 2, 3e alinéa:

a) Les visas au sens de l'article 2, 3e alinéa comprennent le "visa", le "visa de transit", le "visa d'entrée", le "visa diplomatique", le "visa de service", le "visa de courtoisie", le "visa collectif" et le "visa de retour";

b) Les titres de séjour au sens de l'article 2, 3e alinéa sont l'"autorisation de séjour" et l'"autorisation de résidence".

3. Déclaration du gouvernement de la République fédérale d'Allemagne au sujet de l'article 2, 3e alinéa:

a) Les visas au sens de l'article 2, 3e alinéa comprennent le "visa", le "visa de transit", le "visa d'exception" et le "visa d'exception de transit".

b) Les titres de séjour au sens de l'article 2, 3e alinéa sont le "permis de séjour" ("Aufenthaltserlaubnis") limité et illimité, le "droit de séjour" ("Aufenthaltsberechtigung"), l'"autorisation de séjour" ("Aufenthaltsbewilligung") et la "habilitation à séjourner" ("Aufenthaltsbefugnis").

Le présent protocole entre en vigueur aux termes de l'article 13 de l'accord.

Paraphé le \_\_\_\_\_ à \_\_\_\_\_

en deux exemplaires originaux rédigés en langue allemande.

Pour le  
Conseil fédéral suisse:

Pour le gouvernement  
de la République fédérale  
d'Allemagne:



## DER SCHWEIZERISCHE BUNDESRAT

URKUNDET HIERMIT

dass er

Herrn Bundesrat Arnold K o l l e r , Vorsteher des Eidgenössischen Justiz- und Polizeidepartementes, ermächtigt hat, das Abkommen zwischen dem Schweizerischen Bundesrat und der Regierung der Bundesrepublik Deutschland über die Rückübernahme von Personen mit unbefugtem Aufenthalt (Rückübernahmeabkommen) zu unterzeichnen.

Zur Bekräftigung dessen ist diese Urkunde ausgefertigt, unterzeichnet und mit dem bundesrätlichen Siegel versehen worden.

Bern, 6. Dezember 1993

IM NAMEN DES SCHWEIZ. BUNDESRATES

Der Bundespräsident:

Der Bundeskanzler: